

Das Exekutionskommando

Von Christoph Fellmann
(Willisauer Bote, 1.9.2017)

In wenigen Tagen entscheidet der Luzerner Kantonsrat über ein massives, 20 Millionen Franken schweres Abbauprogramm für 2017. Für das Jahr darauf müssen Ausgaben über weitere 37 bis 62 Millionen Franken gestrichen werden, und für 2019 sieht es nicht besser aus. Das ist einschneidend. Was an diesen Massnahmen der Regierung allerdings in erster Linie stört, das ist nicht, dass sie sie vorschlägt. In einer Demokratie kann jede Staatsausgabe jederzeit in Frage gestellt und zum Gegenstand der Debatte gemacht werden. Das nennt man Politik.

Das Merkwürdige ist nur, dass sich die Regierung derzeit selber als Opfer ihrer eigenen Massnahmen geriert. «Keine einzige Sparmassnahme präsentieren wir gerne», sagte beispielsweise Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss in den Medien. Mit anderen Worten: Die bürgerliche Regierung – mit einem solide bürgerlichen Parlament im Rücken – stellt ihre Politik dar, so als könne sie leider gar nicht anders handeln, so als seien ihre Vorschläge das Resultat von Sachzwängen. Na ja, man könnte allenfalls Mitleid mit dieser Regierung haben – hätte sie nur diese Sachzwänge nicht selber geschaffen mit ihrer Tiefsteuerstrategie.

Klar, die stimmende Bevölkerung hat diese Strategie wiederholt gestützt, zuletzt im Mai. So ganz ernst beim Wort nehmen kann man diese Bevölkerung aber nicht: Am gleichen Abstimmungssonntag, als sie im Frühling die Steuererhöhung ablehnte, wollte sie nichts wissen von einer Kürzung der Musikschulgelder. Das Privileg, so inkohärent und verantwortungslos zu handeln, hat die Regierung nicht. Sie muss sich auf ihre Steuerstrategie und deren schlechte Zwischenbilanz schon behaften lassen. So lange sie trotz grosser Ausfälle an den tiefen Unternehmenssteuern festhalten will, so lange muss sie auch wollen, dass Stipendien gekürzt werden, Prämienverbilligungen und Integrationsleistungen. Oder, umgekehrt: Sollte die Regierung hinstehen und eingestehen, dass die Steuerstrategie nicht funktioniert, wird sie sehr schnell eine Mehrheit für einen anderen Weg bekommen. So unglaublich und völlig frei von Autorität ist dieses Gremium ja denn doch nicht.

Allerdings ist es kein Zufall, dass ausgerechnet ein Regierungsmitglied der CVP so tut, als täten ihm die Abbaumassnahmen leid. Die Rolle, welche die einst staatstragende Luzerner Partei derzeit spielt, ist schwach. Über Jahrzehnte hinweg hat die Partei den Kanton mit absoluten Mehrheiten aufgebaut, regiert und durchwirkt. Heute baut die gleiche CVP ihn eifertigst wieder ab und scheint sich noch nicht einmal daran zu stören, dass das Kürzungsprogramm zu unschönen Teilen das Gesundheits- und Sozialdepartement von Guido Graf sowie das Bildungs- und Kulturdepartement von Reto Wyss trifft – und damit die Arbeit der eigenen Regierungsräte desavouiert. Man fragt sich: Wo ist der Stolz dieser Partei geblieben? Ist es das, was diese Partei werden wollte? Das Exekutionskommando des parteilosen Finanzdirektors?

Die Abbaumassnahmen, über die der Kantonsrat entscheidet, treffen die Mittelschicht, vor allem aber die unteren Einkommen. Die Folgen werden für viele Studentinnen, Asylsuchende, Alleinerziehende oder Künstler dramatisch und existenziell sein. Aber auch staatspolitisch sind die Ereignisse dieses Sommers ein Drama. Erleben wir doch, wie die Parteienlandschaft im Kanton verkümmert; wie sich die ehemals grossen Zentrumsparteien CVP und FDP mit und im Fahrwasser der SVP darauf einigen, die Politik nicht mehr als Debatte über Staatsaufgaben zu begreifen, sondern als Sachzwang. Als Zwang, der sich aus einer einzigen Vorgabe ergibt, nämlich aus diesem schweizweit tiefsten Unternehmenssteuerfuss. Der notabene dazu führt, wie der «Tages-Anzeiger» schrieb, dass 65 Prozent der juristischen Personen in Luzern weniger als 500 Franken oder gar keine Staats- und Gemeindesteuern zahlen.

Natürlich, es steht jedem Politiker frei, die Prämienverbilligungen, die Integration von Ausländern oder die Führung eines Historischen Museums für weniger wichtig zu erachten als eine Gratiskultur für Unternehmen. Aber wie und warum er zu diesem Schluss kommt, das soll er den Bürgern schon erklären müssen – und sich nicht verstecken können hinter einer Allzweckstrategie, die solche Abbaumassnahmen halt «leider» nötig mache. Seit 2001 hat Luzern in regelmässigen Schritten die Abgaben gesenkt, die Firmen in diesem Kanton leisten müssen. Im Sommer 2017 erkennen wir das Resultat: Der anhaltende Murks um ein Budget für das laufende Jahr zeigt, dass die Einnahmefälle die Politik handlungsunfähig gemacht haben. Die Politiker haben die Hoheit darüber verloren, über den Sinn und Nutzen öffentlicher Aufgaben und Ausgaben frei und auch hart zu diskutieren. Und sie an den Steuerfuss delegiert.

Der Ausweg aus dieser unpolitischen Politik ist gar nicht so schwierig. Er wird möglich, sobald der Steuerfuss kein Dogma mehr und wieder verhandelbar ist. Alles, was es dazu braucht, ist der Willen, zuerst eine politische Debatte zu führen und dann, davon ausgehend, die Höhe der Steuern festzulegen. Also das zu machen, was man Politik nannte.